

## **Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Patrizia Mordini, SP): Aktiv gegen Frauenhandel**

Das KOGE (Kantonales Kooperationsgremium Menschenhandel) soll als zuständige Organisationseinheit zur Bekämpfung des Menschenhandels institutionalisiert und damit auch staatlich unterstützt bzw. unterhalten werden. Alle betroffenen Akteure aller Ebenen sollen verpflichtet werden, mit einer Delegation im KOGE Einsitz zu nehmen.

Menschen- und insbesondere Frauenhandel sind als Phänomen der internationalen organisierten Kriminalität bekannt (vgl. Art. 182 StGB); allerdings wird die OK-Relevanz auf Bundesebene erst zu einem sehr späten Zeitpunkt anerkannt. Stützen sich die Verdachtsmomente nur auf Indizien, wird die Fallführung oft den kantonalen Behörden überlassen, welche nicht immer über die erforderlichen Ressourcen und das entsprechende Know-how verfügen. Es ist zu gewährleisten, dass die „fedpol“ in jedem Fall, auch bei noch nicht verifizierten Hinweisen, weiter ermitteln kann.

Es ist sicherzustellen, dass die Mitarbeitenden an der „Front“, welche in direktem Kontakt mit den Betroffenen stehen, entsprechend ausgebildet sind, um mit genügend psychologischen Kenntnissen diese heiklen Situationen zu meistern.

Es gibt viele Hinweise, dass Cabaret-Tänzerinnen aus Drittstaaten ausgebeutet werden und in eine ungewollte Abhängigkeit von ihren „Agenten“ geraten, die sie in die Prostitution treibt.

Wir bitten den Gemeinderat folgende Fragen zu prüfen:

1. Eine Studie soll herausfinden, ob die These stimmt, dass durch die Liberalisierung der Prostitution Frauen- und Kinderhandel zugenommen haben. Es ist auch zu untersuchen, welche weiteren gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Ursachen hinter der Zunahme dieser kriminellen Machenschaften stehen.
2. Es sind gemeinsam präventive und repressive Massnahmen gegen den Frauen- und Kinderhandel zu definieren und auch auf der Ebene der Stadt ein entsprechender Einsatz zu leisten.
3. Für die Opfer des internationalen Frauen- und Menschenhandels sind genügend Ressourcen bereit zu stellen, um sie den Ausbeutern zu entziehen, sie gut zu betreuen und ihnen eine würdige Rückkehr in ihre Herkunftsländer zu garantieren.
4. Durch Sensibilisierung sowie Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden der Frepo sollen sie befähigt werden, mit den Opfern des Frauen- und Kinderhandels sachgerecht und wohlwollend umzugehen.

Bern, 18. Februar 2010

*Postulat Fraktion SP/JUSO (Miriam Schwarz/Patrizia Mordini, SP); Ruedi Keller, Hasim Sönmez, Rolf Schuler, Stefan Jordi, Michael Aebersold, Annette Lehmann, Ursula Marti, Lea Kusano, Tanja Walliser, Rithy Chheng, Nicola von Greyerz, Leyla Gül, Gisela Vollmer, Thomas Göttin, Beat Zobrist, Guglielmo Grossi, Giovanna Battagliero*

**Antrag des Gemeinderats**

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, das Postulat erheblich zu erklären.

Bern, 18. August 2010

Der Gemeinderat